

Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD

Unterrichtsversorgung an Schulen der Stadtgemeinde Bremen im Schuljahr 2005/2006

Die Unterrichtsversorgung, deren Sicherstellung die zentrale Aufgabe der Bildungspolitik ist, ist der entscheidende Faktor für den Erfolg schulischer Bildung in allen Schularten. Die entscheidende Kennzahl ist dabei der Anteil der regulär erteilten Unterrichtsstunden im Verhältnis zur festgelegten Stundentafel. Bildungspolitisches Ziel muss es deshalb sein, eine Häufung von Unterrichtsausfall an einer Schule oder für eine Klasse zu verhindern. Dabei spielen die Vertretungsmöglichkeiten eine entsprechende Rolle.

Im Schuljahr 2005/2006 gab es Hinweise auf Unterrichtsausfall an unterschiedlichen Schulen verschiedener Schularten der Stadtgemeinde Bremen. Als Unterrichtsausfall werden die Stunden bezeichnet, in denen in Ermangelung anderer Vertretungs- oder Betreuungsmöglichkeiten gar kein Unterricht erteilt wurde. Zu Unterrichtsausfall kommt es aus ganz verschiedenen Gründen, die sich nicht vollständig vermeiden lassen (z. B. Krankheit, Beurlaubung, Fortbildung von Lehrkräften).

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Unterrichtsstunden sind im Schuljahr 2005/2006 an welchen Schularten und in welchen Klassen ausgefallen?
2. Wie viele Unterrichtsstunden wurden im Schuljahr 2005/2006 an welchen Schulen in welchen Klassen als Vertretung erteilt?
3. Wie hoch ist für das Schuljahr 2005/2006 der Anteil der ausgefallenen im Verhältnis zu der jeweils in der Stundentafel festgelegten Anzahl an Stunden?
4. Welche Gründe waren für den Unterrichtsausfall maßgeblich?
5. Kam es im Schuljahr 2005/2006 in einer Region, an einer Schule oder in einer bestimmten Klasse gehäuft zu Unterrichtsausfall, und falls ja, aus welchen Gründen?
6. Mit welchen Maßnahmen und mit welchem Personal wurde dem Unterrichtsausfall im Schuljahr 2005/2006 begegnet, und welche Schwierigkeiten ergaben sich?
7. Wie beurteilt der Senat die Entwicklung der Unterrichtsversorgung an Schulen der Stadtgemeinde Bremen im Schuljahr 2005/2006 im Vergleich zu den Vorjahren, und welche Trends sind erkennbar?
8. Welche Reaktionen aus den Schulen und von den Schulleitungen sind dem Senat auf das Projekt „Geld statt Stellen“, mit dem die Schulen in die Lage versetzt werden sollen, selbst und an den eigenen Bedürfnissen ausgerichtetes Personal einzustellen, bekannt?

9. Wie beurteilt der Senat angesichts der sehr schwierigen Situation auf dem Arbeitsmarkt für Lehrkräfte aller Fächer und Lehrämter die Möglichkeiten der Schulen, über die Mittel aus der Maßnahme „Geld statt Stellen“ kurzfristig z. B. Lehrkräfte für Vertretungsunterricht „einzukaufen“?
10. Welche Möglichkeiten sieht der Senat, im Zuge der Bildungslandschaften ein regionales Pooling von Ersatzkräften für Schulen gleicher Schulart zu erreichen?

Claas Rohmeyer,
Hartmut Perschau und Fraktion der CDU

Ulrike Hövelmann,
Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD